

Die Zerschlagung des österreichischen Wohlfahrtsstaats und die neoliberale Gleichschaltung Österreichs durch die ÖVP/FPÖ-Regierung

Die SPÖ gab seit ihrer Koalition mit der ÖVP seit 1986 den unter Bruno Kreisky eingeschlagenen „Österreichischen Weg“ (Austrokeynesianismus) auf. Durch neoliberale Steuerreformen (Lacina 1992), die auch aus Österreich ein Steuerparadies für die Reichen machten, wurde auch hier die Steuerhauptide last auf die Arbeitnehmer abgewälzt.

Durch die gleichzeitig in den 90er Jahren stark angestiegenen Staatsausgaben (EU-Beitritt, Pflegegeld usw.) wurde außerdem jene Finanzknappheit des Staates herbeigeführt, die zur „Budgetdefizitfalle“ der SPÖ wurde. Die Beseitigung der steigenden Staatsverschuldung wurde folglich von der ÖVP und FPÖ zur Hauptlegitimation (à „Nulldefizit“) ihrer Machtergreifung und ihrer politischen Wende im Jahre 2000 verwendet. Ähnliche Vorgänge haben sich in den meisten west- und mitteleuropäischen Wohlfahrtsstaaten abgespielt. Fast überall führte die Finanzkrise des Staates zur Ablösung sozialdemokratischer Regierungen durch neokonservativ-neoliberale Regierungen, die nunmehr darangehen, statt der halbherzig und orientierungslos wirkenden sozialdemokratischen Liberalisierungspolitik eine fundamentale neoliberale Wende a la Thatcher herbeizuführen und mit der damit verbundenen Zerschlagung des Wohlfahrtsstaats ernst zu machen. Kanzler Schüssel selbst charakterisierte den von ihm (mithilfe der FPÖ) geplanten neoliberalen Umsturz des zwischen 1945 und 2000 aufgebauten österreichischen Gesellschaftssystems treffend mit dem Satz „Es wird kein Stein auf dem anderen bleiben!“ Schüssel meinte damit zweifellos, dass es seine Mission als Kanzler sei, die „Insel der Seligen“ auf den Boden der neoliberalen Wirklichkeit führen. Der seit 1980 anhaltende globale Vormarsch des Neoliberalismus hat also offenbar auch Österreich erreicht.

Viele ÖsterreicherInnen wussten jedoch das Menetekel der Wende nicht zu lesen und blickten stattdessen gebannt auf den Haider-Populismus anstatt auf den drohenden neoliberalen Umsturz durch eine schwarz-blaue Regierung. Eine saturierte Generation von Österreichern war dabei, das wichtigste Produkt der Demokratie des 20. Jahrhunderts, den Wohlfahrtsstaat, für dessen Durchsetzung zuvor ganze Generationen arbeitender Menschen gekämpft und geblutet hatten, grob fahrlässig zu verspielen.

Wie weit ist es den Regierungen Schüssel I und II seither gelungen, ihre Pläne in Bezug auf den Neoliberalismus auch in Österreich von der Theorie in die Praxis umzusetzen?

Seitdem die politische Öffentlichkeit rhetorisch von Politikern wie Khol, Bartenstein, Schüssel, Grassler, Riess-Passer oder Böhmdorfer beherrscht wird, wird der Reformbegriff einseitig neoliberal vereinnahmt: Die unter dem Titel der Budgeteinsparungspolitik firmierenden „Reformen“ („Staatsreform“, „Pensionsreform“, „Gesundheitsreform“, „Pensionsreform“, „Bildungsreform“ usw.) dienen nur scheinbar der Budgetkonsolidierung (à „Nulldefizit“). Hauptsächlich dienen sie dem ordnungspolitischen Ziel, den bei den österreichischen Konservativen verhassten sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat zu beseitigen und auch in Österreich eine den Interessen des Privateigentums dienende Gesellschaftsordnung nach angelsächsischem Vorbild zu etablieren.

Die Regierung Schüssel versucht diesen Systemwechsel vom Sozialstaat zum neoliberalen Staat der Privateigentümer überall anzugehen und mit immer autoritäreren Methoden - allen Widerständen zum Trotz - voranzutreiben. Deshalb setzte Schüssel auch die Koalition mit der bei den NR-Wahlen im Herbst 2002 schwer dezimierten FPÖ fort.

Ging es ÖVP/FPÖ in den letzten 3 Jahren hauptsächlich um den Ausbau ihrer personellen Machtpositionen in ORF, Polizei, Sozialversicherung, Staatsunternehmen und an den Universitäten sowie um die personellen und konzeptionellen Voraussetzungen für den von ihr geplanten Systemwechsel, so gehen sie im Jahr 2003 mit ihrem neuen Regierungsprogramm auch inhaltlich in die Offensive und führen durch die geplante Zerschlagung des staatlichen Pensionssystems (Umlageverfahrens) den bisher umfangreichsten Angriff auf den Sozialstaat seit 1945. Hauptschauplätze des geplanten Systemwechsels sind in dieser Legislaturperiode die angekündigte Vollprivatisierung der Verstaatlichten Industrie, die Redimensionierung der staatlichen Verwaltung durch Preisgabe wohlfahrtsstaatlicher Aufgaben sowie die möglichst weitgehende Privatisierung der Kosten des Pensions-, Gesundheits- und Bildungssystems.

Dass die Regierung die Sparpakete nicht wirklich dazu verwendet um das Budgetdefizit abzubauen, sondern offenkundig dazu, mit Hilfe der derzeit geplanten Einsparungen in der Höhe von mehreren Milliarden Euro in den Bereichen Schule, Universitäten, Arbeitslosen, Lehrlingsausbildung bis hin zur Krankenversorgung und Pensionsversicherung die Errungenschaften des Sozialstaats schrittweise zu zerstören und die im öffentlichen Sektor eingesparten Geldmittel zum privaten Sektor umzulenken, zeigt das Beispiel der von der Regierung gewährten Zinszuschüsse zum Aufbau eines Privatpensionssystems: Sie sind genau so hoch wie die - angeblich zur Senkung des Budgetdefizits notwendigen -Einsparungen bei den staatlichen Zuschüssen für die ASVG-Versicherungen.

Die Ideologie vom „schlanken Staat“: Zurück zum Klassenstaat des Kapitals und zum Klassenkampf des 19. Jahrhunderts

Ein wesentlicher Teil der neoliberalen Ideologie ist die Theorie von der angeblichen Überlegenheit des sog. „schlanken Staats“ und des New Public Management über das sog. „Big Government“ des Wohlfahrtsstaats. Ein geschulter Historiker erkennt hinter dieser Ideologie unschwer die Konturen des vordemokratischen altliberalen angelsächsischen „Nachtwächterstaats“ des 19. Jahrhunderts. Dieses Modell öffentlicher Herrschaft wurde Mitte des 19. Jh.s von den damaligen liberalen englischen Unternehmern als das ihren Interessen am besten dienende Staatsmodell installiert und wurde von den meisten europäischen Ländern bis ca. 1870 übernommen.

Dieser Staat vertrat primär Kapitaleigner-, Unternehmer- und Agrarierinteressen - auf Kosten einer proletarisierten Arbeiterschaft, deren profitable Ausbeutung man langfristig durch eine latent hohe Arbeitslosigkeit und durch ihren Ausschluss aus dem politischen System mithilfe des Zensuswahlrechts sicherstellte. Dieser ultraliberale Unternehmerstaat weigerte sich auch konsequent dagegen, (später erkämpfte) wohlfahrtsstaatliche Aufgaben zu übernehmen und definierte als seine Aufgaben lediglich jene Agenden, die zum Funktionieren dieses vordemokratischen Staats nötig waren: Förderung des „freien Markts“ (Kapitals) und der Kapitalbildung (auf Kosten der Löhne), Förderung des Sicherheitsapparats (Justiz und Polizei) zwecks Law and Order im Inneren, militärisches Wettrüsten zur Absicherung der Märkte nach außen und keine Scheu vor imperialistischen militärischen Interventionen möglichst rund um die Welt.

Diese politische Ordnung beherrschte Europas Staaten bis zum 1. Weltkrieg. Sie polarisierte die europäischen Gesellschaften des 19. Jh.s auf extreme Weise in Arm und Reich, sodass schließlich zur Lösung der „sozialen Frage“ durch den politischen Druck der europäischen Arbeiterbewegung seit 1880 langsam der europäische Wohlfahrtsstaat mit seinem Sozialversicherungswesen durchgesetzt wurde. Aufgrund der Weltkriege und der

Weltwirtschaftskrise von 1929 schien der Jahrhundert-Kampf für und gegen den Wohlfahrtsstaat zugunsten des letzteren ausgegangen zu sein und der Wohlfahrtskapitalismus gesiegt zu haben. Doch seit der „Befreiung“ des Finanzkapitals von seinen seit 1945 auferlegten staatlichen Fesseln um ca. 1975 schwebt der bürgerlich-konservativen Rechten überall auf der Welt erneut die endgültige Beseitigung der wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften des 20. Jh.s sowie die Restauration des ultraliberalen Staats- und Gesellschaftsmodells und dessen Globalisierung vor Augen.

Die neoliberale Vorstellung vom Nachtwächterstaat spielt auch in der Politik der Ausgestaltung der EU eine wesentliche Rolle. Die politische „Einigung Europas“ ist ja bisher durch eine sehr starke Vergemeinschaftung der Wirtschaft, eine geringe Vergemeinschaftung der Politik und eine extrem geringe Vergemeinschaftung der sozialen Belange gekennzeichnet. Diese schiefen Prioritäten drohen durch den derzeit hastig vorangetriebenen europäischen Verfassungsgebungsprozess des Verfassungskonvents zur langfristig gültigen EU-Verfassung verfestigt zu werden. Die EU soll demnach - so die europäischen Konservativen und Liberalen - lediglich für das Funktionieren des (Binnen-)Markts, für die Justiz und für die innere und äußere Sicherheit (Europol, Schengener Abkommen, europäische Außen- und Sicherheitspolitik) verantwortlich sein. Das Streben der europäischen Gewerkschaften nach Etablierung einer sozialen Union wird durch die von den EU-Kommissaren vorangetriebene neoliberale Deregulierungspolitik der wohlfahrtsstaatlichen Strukturen (à Pensionssysteme) konterkariert. Die monetaristisch geprägten Maastricht-Kriterien tun das Ihre um die früher vorhandenen budgetären Handlungsspielräume zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaats zu beseitigen. Die Arbeitnehmerrechte drohen somit auch im Rahmen der EU gegenüber der „Freiheit“ des Kapitals auf der Strecke zu bleiben.

Die Aufgabe, den von den Konservativen angepeilten neoliberalen EU-Ordnungsrahmen und die innere gesellschaftliche Ordnung der Nationalstaaten durch die Zerschlagung der dort noch vorhandenen wohlfahrtsstaatlichen Strukturen gleichzuschalten, übernehmen die neokonservativen Regierungen wie die Regierung Schüssel. Sie betreibt seit Februar 2000 den Umbau Österreichs zu einem „schlanken Staat“, der zwar immer mehr dem Kapital dienen, diesem aber zugleich immer weniger (Steuern) kosten soll.

Der neoliberale Angriff auf die Beamten und auf die staatliche Verwaltung

Die Beamtenstaatssekretärin Riess-Passer begann gleich nach der Wende 2000 mit dem Frontalangriff auf die Beamten und auf die staatliche Verwaltung. Die Demontage des Öffentlichen Dienstes und die Abspeckung des Staates auf seine „Kernfunktionen“ erfolgen derzeit gerade in Gestalt eines forcierten Beamtenabbaus sowie in Form einer Verschlechterung ihrer gehalts- pensions- und arbeitsrechtlichen Situation (à Pläne zur Einführung privatrechtlicher Dienstverhältnisse). In Ergänzung dazu legte die Raschauer-Kommission Pläne zur Staatsreform vor, in denen von einer umfassenden Restrukturierung der Verwaltungsbehörden durch die Auflösung oder Auslagerung von Behörden die Rede ist. Neoliberale Medienlobbys betreiben eine latente Kampagne gegen die angeblichen Privilegien der Beamten und fordern endlich die Beseitigung des sog. „geschützten“ Bereichs der Beamten. Usw. Hinweis: Ungeschützte Beamte eignen sich besser für die Indienstnahme durch bestimmte ökonomische und politische Interessen.

Abschied vom demokratischen Regieren:
Neoliberale Politik kann nur autoritär durchgesetzt werden

Um den neoliberalen Systemwechsel gegen den Willen der jeweils Betroffenen und deren Interessensvertretungen durchsetzen zu können, geht die Regierung Schüssel in der Regel autoritär vor. Die konsensorientierte Mitbestimmungsform der Sozialpartnerschaft stand in einem engen inhaltlichen Konnex mit dem Sozialstaat und diente dem Interessensausgleich im Rahmen dieses Systems. Nur ohne Sozialpartnerschaft, eben autoritär, kann die Regierung ihre „Strukturreformen“ in Richtung Neoliberalismus einseitig in ihrem Sinn und gegen die Interessensvertretungen vor allem der Arbeitnehmer durchsetzen. Daher drängte die Regierung von Anfang an den Einfluss der Sozialpartner zurück und setzt stattdessen sog. „Expertenkommissionen“ ein mit dem Auftrag der Regierung die entsprechenden Expertisen auszuarbeiten, welche diese nach einem Scheinbegutachtungsverfahren von ein paar Wochen (!) und in „Speed-kills-Manier“ politisch durchsetzen. Das jüngste Beispiel für diese Vorgangsweise ist die kurze Pensionsreform-Begutachtungsfrist im Frühjahr 2003.

Die Methode der feindlichen Übernahme des Wohlfahrtsstaats:
Die relevanten sozialstaatlichen Institutionen werden finanziell ausgeblutet, zum „Sanierungsfall“ erklärt und ausgeraubt

Die Regierung geht bei ihren „Strukturreformen“ - egal ob es sich um die Verstaatlichte, Infrastrukturunternehmen, das Pensionssystem, die Krankenversicherung, das gemeinnützige Wohnungswesen oder um das Bildungssystem handelt - strategisch wie ein Unternehmer bei der feindlichen Übernahme einer Firma vor: Zuerst wird die alte Führung entmachtet, dann wird die Institution durch die Unterbindung der Zufuhr neuer Mittel (à Quellensteuer, Beitragserhöhungen) bzw. durch Mittelkürzungen (à Reduzierung der Bundeszuschüsse, Senkung der Lohnnebenkosten) in die Schulden getrieben und finanziell ausgezehrt, schließlich für bankrott erklärt und zuletzt deren profitable Teile privatisiert. Der unprofitable Rest bleibt, sofern es sich um gesellschaftlich notwendige Leistungen handelt, verstaatlicht nach dem bewährten Motto „Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren“.

Was die Regierung bisher unter dem Titel der „Reformbedürftigkeit“ zum Sanierungsfall erklärt hat, ist das Pensionssystem, das Gesundheitssystem, das Bildungssystem, die Universitäten, die Verstaatlichte Industrie, die ÖBB, die Bundesforste, staatliche Dienstleistungen etc.

Die Ideologie vom „treffsicheren“ (residualen) Wohlfahrtsstaat:

Ein wesentliches Ziel der Regierung ist der Angriff auf die sozialstaatlichen Leistungen selbst und die Zerstörung der bewährten öffentlichen Vorsorge. Die bisher von der Sozialversicherung getragenen Kosten für die großen Risiken des Lebens (Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit, Alter) sollen langfristig reprivatisiert werden (à Selbstbehalte für die ausgehungerten Krankenkassen im Gesundheitswesen, Erzwingung der privaten

Pensionsvorsorge, Abschaffung der Notstandshilfe für Langzeitarbeitslose, Stundenkürzungen im Schulbereich).

Der Staat enthebt sich dabei einfach seiner Aufgabe der sozialen Daseinsvorsorge. Von der „wohlfahrtsstaatlichen Geldverschwendung für Sozialschmarotzer“ soll nur mehr eine minimale „Grundversorgung“ übrig bleiben, die jene bekommen sollen, die ihrer bedürfen. Der korporatistische Wohlfahrtsstaat kontinentaler Prägung soll mit Hilfe der berüchtigten Formel von der „sozialen Treffsicherheit“ auf jenen residualen Wohlfahrtsstaat angelsächsisch-altliberaler Prägung reduziert werden, der unter Wohlfahrt lediglich eine Art von Armenfürsorge („social welfare“) versteht. Das Recht auf die Gewährung sozialer Unterstützungen im Zuge sozialstaatlicher Leistungen soll immer stärker auf einen willkürlichen bürokratischen Gnadenakt subjektiven Wohlwollens gegenüber dem einzelnen zurückgeschraubt werden. Die im Rahmen des Sozialstaats geübte Solidarität aller mit allen soll dem egoistischen Eigeninteresse der Vermögenden geopfert werden, die sich ihre Wohlfahrt selbst finanzieren können, die daher auch dem neoliberalen Postulat der „Eigenverantwortlichkeit“ entsprechen und die sich daher gegenüber den Armen dementsprechend moralisch überlegen fühlen dürfen.

Von größter Bedeutung ist auch die vom Neoliberalismus angestrebte Entkoppelung des Arbeits- und des Sozialsystems. Die Vollbeschäftigung bezog ihre ökonomische Legitimation primär aus dem Umstand, dass sie zugleich der Erreichung der Ziele der sozialen Absicherung (Arbeitslosigkeit, Pension, Krankheit) diene. Toleriert eine Regierung die Zunahme der Arbeitslosigkeit auf 300.000 Personen, dann fehlen zugleich 300.000 potentielle Beitragszahler für das Pensionssystem und für die Krankenversicherung. Wenn die derzeitige Regierung daher das Pensionssystem privatisiert und die Arbeitslosengelder kürzt, dann fällt eine der wichtigsten ökonomischen Begründungen zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit weg. Dann können Staat und die Wirtschaft statt aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben wieder Massenarbeitslosigkeit zulassen, ohne dass dadurch das (zu diesem Zweck vorher abgebaute) sozialstaatliche System in seinen Grundfesten erschüttert wird. Sind die sozialen Risiken so weit privatisiert, sodass der Staat nicht mehr auf die Massenarbeitslosigkeit reagieren muss ohne dafür politisch abgestraft zu werden, dann kann sich - wie Thatcher-England gezeigt hat - ein neoliberales Gesellschaftssystem mit einer latent hohen Arbeitslosenrate etablieren, ohne dass die neoliberale politische Klasse an der Macht bzw. in ihrer Macht bedroht wird.

Die Politik der neoliberalen Regierung Schüssel zielt daher bei der Pensionsreform und bei der Reform der Kassen des AMS nicht in Richtung Vollbeschäftigung (etwa durch Arbeitszeitverkürzung) und aktive Arbeitsmarktpolitik, sondern auf Einsparungen in Milliardenhöhe bei den Ansprüchen der Sozialversicherten („Pensionsraub“) und damit auf die Privatisierung des Sozialsystems..

<p>Der legalisierte Raubzug gegen das Gemeineigentum und gegen die kleinen Einkommen („Enrichissez vous!“)</p>
--

Durch die Einsparungsmaßnahmen der Regierung und den dadurch erzwungenen Systemwechsel von öffentlicher Vorsorge zu privater Vorsorge werden die ökonomischen Ziele, die den Vermögenseinkommen dienen (Aktieneinkommen, Zinseinkommen, Finanzveranlagungen, Preisstabilität, Steuersenkungen usw.) gegenüber den ökonomischen Zielen, die den Erwerbseinkommen dienen (Vollbeschäftigung, Realeinkommenssteigerungen, soziale Absicherung) eindeutig bevorzugt. Die wohl wichtigste Konsequenz des Angriffs auf den Wohlfahrtsstaat durch den angeblichen Sachzwang des Sparens und durch die immer wieder neu aufgelegten Sparpakete ist daher die durchaus beabsichtigte Einkommensumverteilung von den unteren zu den höheren Einkommen.

Wie diese Regierung das Finanzkapital in Form von Banken und Versicherungsgesellschaften hofiert, zeigt sich derzeit am besten bei der von der Regierung Schlüssel geplanten dramatischen Kürzung der zukünftigen Pensionsleistungen. Diese angeblich notwendige Maßnahme ist überhaupt keine Maßnahme zur Reform des derzeitigen öffentlichen Pensionssystems (Umlagesystems), sondern bezweckt schlechthin dessen Beseitigung durch ein privates Kapitaldeckungssystem.

Die radikale Kürzung der Pensionsansprüche ist deshalb für den Wechsel des Pensionssystems nötig, weil sie die Menschen zwingt, möglichst rasch eine private Pension auf dem Kapitalmarkt abzuschließen, wollen sie ein halbwegs gesichertes Alterseinkommen haben. Die Regierung zerschlägt also bewusst das bewährte Umlageverfahren-Pensionssystem nicht deshalb, weil das Umlageverfahren nicht mehr funktioniert, sondern dazu, um die Bevölkerung auf den Kapitalmarkt und damit an die Börsen zu treiben. Dort warten die Banken, die Pensionsfonds und Versicherungen schon gierig auf die Gelder der ArbeitnehmerInnen, versprechen hohe Renditen und vernichten dann womöglich - nach Abzug der Provisionen, versteht sich - ohne jedes eigene Risiko die angesparten Pensionsgelder auf dem Kapitalmarkt. Das haben dann die Arbeitnehmer von der Zerstörung der bewährten öffentlichen Vorsorge, von der Zertrümmerung des Umlageverfahrens und von der Privatisierung der Alterssicherung. Dem Kapitalmarkt aber wird automatisch immer wieder frisches Kapital zugeführt. Die privaten Pensionsfonds dienen weniger dem kleinen Geldanleger, sondern vor allem der Stabilisierung des Kapitalmarkts und dem shareholder-value-Kapitalismus, der den Arbeitnehmern ihre Arbeitsplätze hinter ihrem Rücken wegrationalisiert.

Neoliberale Bildungspolitik: Abschied von den Aufstiegschancen für die Unterschichten und Rückkehr zum reaktionären Elitismus und zur geschlossenen Gesellschaft

„Eine Aristokratie, die auf Geburt, Reichtum und sozialer Stellung beruht, hat einem öffentlichen Schulsystem, wo allen die gleichen Möglichkeiten geboten werden, nichts entgegenzusetzen“ sagte der amerikanische Pädagoge William T. Harris (1835-1909). Er vergaß hinzuzufügen: Außer eine Reprivatisierung der Bildung.

Neoliberale Regierungen geben ganz unumwunden zu, dass sie kein Interesse an einem demokratischen und für alle offenen (also unentgeltlichen) Bildungssystem haben. Sie fördern Privatschulen und lenken die Geldmittel in die Förderung sog. Eliten („Begabtenförderung“).

Dieselbe Politik verfolgt die ÖVP/FPÖ-Regierung seit 3 Jahren. Einerseits gab sie vor, die Bildung zu fördern, andererseits arbeitet sie auf die (Gesund-) Schrumpfung des gesamten Bildungssystems hin. Einerseits gibt sie vor, die Ausbildung technischer Fachkräfte zu fördern, andererseits schränkt sie den breiten Zugang zu hochqualifizierter Ausbildung ein.

Die Universitätsreform, die wie nach dem neoliberalen Lehrbuch erfolgte, zeigt uns vor, wohin der Regierungszug fährt: Im Sinne der bewährten Methode „Finanziell ausbluten - sanieren - privatisieren“ wurden zuerst die staatlichen Universitäten - jetzt auch die höheren Schulen - finanziell ausgehungert. Das Versprechen der Autonomie und die Herstellung der „Vollrechtsfähigkeit“ dienten nicht den Universitäten selber, sondern ihrer Auslagerung aus der staatlichen Verwaltung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung ihrer Kontrolle durch die Regierung. Zugleich erfolgte die Einführung und 2003 die „autonome“ Freigabe des Studiengeldes (bis auf das Fünffache des derzeitigen Betrags!) für die Studenten. Unter dem Vorwand der Einführung des Marktprinzips auch im Bildungssystem („Bildung kostet“, Gehrler) wurde der Gratiszugang zum Bildungssystem beseitigt und

Bildung wieder zu etwas gemacht, wofür man Geld hinzublättern imstande sein muss, obwohl Österreich ohnehin eine sehr niedrige Akademikerquote hat. Ganz normale Mittelstandsfamilien müssen seither wieder überlegen, ob sie ihre Kinder studieren lassen können.

Die Sozialdemokraten hatten das zu Beginn der 70er Jahre geändert und öffneten deshalb das höhere Bildungswesen für die breite Bevölkerung. Das will die Regierung mit „Wende“ anscheinend wieder rückgängig machen und Bildung wieder zum Privileg der reichen „Eliten“ machen. Der Regierung ging es nach ihren eigenen Aussagen vor allem darum, das Grundprinzip der sozialdemokratischen Bildungspolitik, die Chancengleichheit, durch einen Systemwechsel zu beseitigen. Die „Abfederung“ der Studiengebühren mittels Stipendien für arme Studenten entspricht genau dem Konzept des residualen Wohlfahrtsstaats. Die Rückkehr zur Einkommensabhängigkeit der Bildungschancen verstärkt angesichts der rapide zunehmenden Einkommensungleichheit in Österreich die Chancenungleichheit im Bildungsbereich, gemessen an der sozialen Herkunft, auf besonders provokante Weise.

Die Berufung auf das Marktprinzip dient aber nicht nur als Vorwand zur Einschränkung des Zugangs und zur Schrumpfung des Outputs, sondern auch als Vorwand zur Entdemokratisierung der inneruniversitären Entscheidungsstrukturen und zur inhaltlichen Umorientierung der Universitäten.

Die neue Universitätsverfassung sieht eine weitgehende Beseitigung der Mitbestimmungschancen der Studenten und der Assistenten sowie eine Restauration der nach 1968 beseitigten Ordinariatenuniversität vor.

Das Ergebnis der Universitätsreform ist laut Medienberichten eine massive Besetzung der Universitätsräte mit Bankern, CVern und Burschenschaftern, was besonders deutlich unterstreicht, welche politischen Absichten hinter der ÖVP/FPÖ-Universitätsreform stehen.

Die Einführung des privatrechtlichen Dienstverhältnisses für den Mittelbau verstärkt dessen Abhängigkeit von den Ordinariaten und erleichtert den Stellenabbau bei Lehrern und Assistenten, womit auch die Möglichkeit einhergeht, die universitäre Bildung selbst sich rasch wandelnden Markterfordernissen zu unterwerfen. Denn in Zukunft möchte die Wirtschaft entscheiden, welches Wissen relevant, d.h. marktkonform und daher gefragt ist. Wie beim Gesundschumpfen von Industrien sollen sozusagen im „bankrotten“ System staatliche Universität künftig „Orchideenstudien“ geschlossen werden und das angeblich unnötig an der Massenuniversität „herumhängende studentische Proletariat“, an dem die Wirtschaft kein Interesse hat, von dort vertrieben werden. Über den Wert eines Studiums soll künftig mehr und mehr dessen Marktkonformität bzw. Marktwert entscheiden. Dafür sollen künftig die Mittel fließen.

Das Beispiel Universität zeigt, wie der Systemwechsel vom Wohlfahrtsstaat zum neoliberalen Staat konkret aussieht und wie sehr letzterer den Interessen der breiten Bevölkerung schadet.